

**Mecklenburg-Vorpommern  
Gut. Demokratisch Links. Regiert.**



**Positionspapier der Regionalgruppe Mecklenburg-Vorpommern  
des Forums Demokratische Linke 21**

**Stand: Januar 2016**

# INHALTSVERZEICHNIS

## TEIL 1 – GUTE CHANCEN VON ANFANG AN

Verbesserung der frühkindlichen Bildung und Betreuung	3
KJFG novellieren	3
Jugend- und Schulsozialarbeit sichern	3

## TEIL 2 – SOZIALER ZUSAMMENHALT

Starke und zukunftsfähige Kommunen entwickeln	4
Steuer- und Haushaltspolitik	5
Armutsbekämpfung	5
Alterssicherung und Beratung	5
Direkte Demokratie und Wahlalter	6
Kinder- und Jugendbeteiligung festschreiben	6
Gleichstellungspolitik	6
Demokratische Schule	6
Integrationspolitik von Migrantinnen und Migranten	7
Dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen	8
Sicherheitspolitik	8
V-Leute abschaffen	8

## TEIL 3 – ARBEITSPLÄTZE UND WIRTSCHAFT

Arbeitsmarkt und Soziales	8
Wirtschaft	9
Faire Arbeitsbedingungen	9
Ausbau der Erneuerbaren Energien voranbringen	10
Sozialer Wohnungsbau	10
Altlastenabbau und Wirtschaftlichkeit kommunaler Wohnungsgesellschaften	10
Stärkung ÖPNV/SPNV	11
Keine Public-Private-Partnership-Projekte in M-V (ppp-Projekte)	11

**Das Forum der Demokratischen Linken 21 verfolgt das Ziel, progressive linke und sozialistische Inhalte in die SPD zu tragen, ihnen eine starke Stimme zu geben und dort zu Mehrheiten zu verhelfen. Wir sind der Überzeugung, dass diese Politik nicht mit der CDU zu machen ist. Deshalb kämpfen wir für einen Politikwechsel und für eine rot-rote Koalition nach der Landtagswahl 2016. Auch im Hinblick auf Abstimmungen oder eigene Initiativen im Bundesrat ist eine rot-rote Koalition strategisch sinnvoll.**

## **TEIL 1 – GUTE CHANCEN VON ANFANG AN**

### **Verbesserung der frühkindlichen Bildung und Betreuung**

Die Landesregierung hat in den vergangenen acht Jahren ihre Investitionen in die Kitas verstärkt. Absenkungen des Betreuungsschlüssels und eine Entlastung von Eltern konnten hierdurch bereits realisiert werden. Für die künftige Legislaturperiode sehen wir die frühkindliche Bildung weiter im Fokus sozialdemokratischer Politik. Wir wollen eine weitere Verbesserung des Betreuungsschlüssels in den Kitas erreichen (Krippe 1:5, Kindergarten 1:10 und Hort 1:15). Für pädagogische Prozesse muss den Fachkräften mehr Zeit für Vor- und Nachbereitung eingeräumt werden, wir gehen von einem wöchentlichen Bedarf von sechs Stunden je Fachkraft aus. Wir streben eine weitere Entlastung der Eltern an.

Damit wir auch weiterhin gute pädagogische Fachkräfte in unseren Kitas und anderen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe haben, muss die Landesregierung ihre Ausbildungsplatzplanung mindestens alle zwei Jahre mit der Politik und den Spitzenverbänden abstimmen. Die Ausbildung in den Hochschulen soll verstärkt durch Kooperation mit dem Bereich Early Education erfolgen.

### **KJFG novellieren**

Das Kinder- und Jugendförderungsgesetz M-V muss aufgrund der sich verändernden Rahmenbedingungen neu konzipiert werden. Derzeit sind die finanziellen Mittel an der Zahl der 10 bis 26 Jährigen gekoppelt. Mit der rückläufigen Bevölkerungsentwicklung sind die zur Verfügung stehenden Mittel für die Arbeit landesweiter freier Träger auf einem Tiefpunkt angelangt. Um die Trägervielfalt und deren Angebote mit hohen Angebotsstandards zu sichern, müssen die Pro-Kopf-Pauschalen im KJFG für Kinder und Jugendliche deutlich angehoben werden.

### **Jugend- und Schulsozialarbeit sichern**

Die Jugendsozialarbeit ist im SBG VIII abgesichert, wurde aber wie die Schulsozialarbeit bisher nahezu vollständig über den ESF-Fond finanziert. Mit dem Auslaufen der ESF-Förderung müssen ein neuer rechtlicher Rahmen entwickelt und die notwendigen finanziellen Ressourcen im Landeshaushalt für die Jugend- und Schulsozialarbeit bereitgestellt werden.

## **TEIL 2 – SOZIALER ZUSAMMENHALT**

### **Starke und zukunftsfähige Kommunen entwickeln**

Das Leben findet in der Kommune statt. Deshalb sind insbesondere die Kommunen in der Ausgestaltung ihrer Aufgaben angemessen zu unterstützen. Das am 23. April 2013 beschlossene Finanzausgleichgesetz M-V (FAG M-V) muss dringend auf den Wirkungsgrad für ländliche und städtische Regionen evaluiert und weiterentwickelt werden.

Insbesondere in ländlichen Regionen in M-V verschlechtern sich die kommunalen Haushaltslagen dramatisch. Ohne eine angemessene Aufstockung der kommunalen Beteiligungsquote nach dem Gleichmäßigkeitsgrundsatz im FAG M-V über die derzeitigen 33,99% hinaus, entwickeln sich die kommunalen Haushalte nicht mehr gleichmäßig im Verhältnis zum Landeshaushalt (vgl. die kommunalen Finanzierungssalden im Vergleich zu den Überschüssen im Landeshaushalt, die rasant steigenden Kassenkredite, die geringeren Deckungsquoten bei den Kommunen im Vergleich zum Land). Ebenso werden die ohnehin bereits stark eingeschränkten aber enorm wichtigen sogenannten freiwilligen Aufgaben wie die Förderung der örtlichen Vereine, des Sports, der Kultur und des ehrenamtlichen Engagements dauerhaft Schaden nehmen (vgl. den negativen Beschluss und das damit verbundene Aus alleinig aufgrund der kommunalen Haushaltslage für den Kreisjugendring Mecklenburgische-Seenplatte). Notwendige Investitionen und Erhaltungsmaßnahmen an der gemeindlichen Infrastruktur (Straßen, Brücken, Schulen, Kitas, Feuerwehren) werden ohne Änderungen des FAG M-V nur schwerlich zu leisten sein.

Aktuelle finanzielle Herausforderungen der Städte, Gemeinden und Gemeindeverbände in M-V müssen durch entsprechende zusätzliche Landeszuweisungen an die Kommunen ausgeglichen oder maßgeblich unterstützt werden. Ohne finanzielle Unterstützung des Landes zur Bewältigung der sozialen Integration der Flüchtlinge in unserem Land wie bspw. der Übernahme der kommunalen Anteile an den Kosten der Kindertagesbetreuung und evtl. Fahrtkosten, des Schullastenausgleiches für die Flüchtlingskinder und für Sprachkurse und Beschäftigungsgelegenheiten für Flüchtlinge in den Städten und Gemeinden als auch für die Finanzierung des Breitbandausbaues auf Basis einer Machbarkeitsstudie werden die zukünftigen Soziallasten noch stärker steigen und wird das Land im Wettbewerb mit anderen Regionen an Attraktivität verlieren und zurückfallen.

Das Konnexitätsprinzip in der Landesverfassung und die gemeinsame Erklärung der Landesregierung und der kommunalen Landesverbände hierzu sind auch bei den aktuellen Gesetzgebungsverfahren (bspw. Neufassung des AG SGB XII, Neufassung des PsychKG, Novelle des Brandschutzgesetzes, der geplanten Umsetzung der Inklusion) strikt einzuhalten.

Wir fordern daher die kommunale Beteiligungsquote im FAG M-V 2016 und 2017 angemessen zu erhöhen (mindestens um 1% für das Jahr 2016 und um 2% für 2017) und die notwendigen Mittel zur gemeinsamen Bewältigung der Zukunftsaufgaben für die Kommunen zusätzlich bereitzustellen. Ein Auseinanderdriften der Lebensverhältnisse und Lebensqualität aufgrund der Unterfinanzierung von Kommunen gilt es in M-V zu verhindern.

## **Steuer- und Haushaltspolitik**

Wir fordern das Prinzip der starken Schultern auch in der Steuerpolitik ein. Große Vermögen und Einkommen sollen sich an der solidarischen Finanzierung der gesellschaftlichen Aufgaben entsprechend beteiligen. Wir verhalten uns bezgl. der Gesetzgebung der Schuldenbremse sehr skeptisch, da diese eine Gefahr der Selbstbeschränkung der Politik bei Investitionen in wichtige Bereiche der Daseinsvorsorge birgt. Die Spielräume der Schuldenbremse müssen daher durch politische Akteure vermehrt und mutig genutzt werden. Die Haushalte der öffentlichen Hand müssen weiter entschuldet werden, dies gelingt aber nicht durch eine einseitige Begrenzung von Schulden.

Die sozialdemokratisch geführte Landesregierung konnte unter den positiven gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen einen Abbau der Schulden des Landes realisieren. Jedoch wurde nur ein kleinerer Teil der Mehreinnahmen für den Investitionsbedarf bei Land und vor allem Kommunen eingesetzt. Wir halten es für erstrebenswert, eine Haushaltspolitik zu betreiben, die neben dem Abbau von Schulden den Blick nach vorne richtet. Kluge Investitionen können künftig einen stärkeren Abbau von Schulden realisieren als eine aktuelle Tilgung. Im derzeitigen Landeshaushalt bedeutet eine Tilgung von 100 Millionen Euro Schulden eine niedrigere Zinslast von 3 Millionen Euro. Diese politische Entscheidung bedeutet, dass man 97 Millionen Euro weniger für Investitionen zur Verfügung hat. Wir fordern eine faire Diskussion über die richtige haushaltspolitische Verwendung von Steuermitteln ein, die durch Denkverbote und rhetorische Holzhammer-Argumente direkt verhindert wird.

Wir unterstützen Erwin Sellering und Heike Polzin ausdrücklich in ihren Verhandlungen zur Neugestaltung des Länderfinanzausgleichs und des Solidaritätsbeitrags. Auch hier gilt: starke Schultern müssen andere unterstützen.

## **Armutsbekämpfung**

Viel zu viele Menschen in Mecklenburg-Vorpommern sind direkt von Armut betroffen. Zur Erarbeitung gezielter Strategien und Maßnahmen zur Armutsvermeidung und Armutsbekämpfung benötigen wir zwingend eine solide und differenzierte Wissensgrundlage. Wir fordern daher eine regelmäßige und qualifizierte Armuts- und Sozialberichterstattung für Mecklenburg-Vorpommern.

## **Alterssicherung und Beratung**

Es muss sichergestellt werden, dass alle Menschen nach Beendigung ihres Erwerbslebens eine Rente erhalten, die sie vor Altersarmut schützt und ihnen einen Lebensabend in Würde und mit der Möglichkeit auf gesellschaftliche Teilhabe garantiert. Deshalb setzen wir uns für eine auskömmliche Mindestrente ein. Außerdem müssen die Renten zwischen Ost und West bis 2019 angeglichen werden.

Aus diesem Grund setzen wir uns für eine bundeseinheitliche Wertigkeit der zu erwerbenden Rentenpunkte ein, einhergehend mit einer vollen rückwirkenden Anerkennung und teilweise Aufwertung der innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik getätigten Beruf- und Studienabschlüsse. Von dieser Forderung ausgeschlossen sind Hochschulabschlüsse der

Hochschule des MfS Potsdam-Golm und der Offiziershochschule der Grenztruppen Suhl. Träger akademischer Grade dieser beider Hochschulen darf kein Vertrauensschutz gemäß den Regelungen des Einigungsvertrages zugesprochen werden.

Für alle Menschen, die während ihres Berufslebens und der Zeit danach von Armut betroffen sind, muss es entsprechende Beratungsangebote geben. Daher setzen wir uns u.a. für den Erhalt und die Stärkung von Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatungen im Land ein.

### **Direkte Demokratie und Wahlalter**

Demokratische Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger bedeutet mehr als die Abgabe der Stimme bei Landtags-, Bundes- und Europawahlen. Wir sprechen uns für eine Beteiligung von jungen Menschen an den demokratischen Prozessen aus, das Wahlalter muss auf 16 Jahre abgesenkt werden. Jugendliche setzen sich bereits früh für politische Ziele ein und sollten dies auch im Rahmen von Wahlen verwirklichen können.

Wir treten für eine stärkere demokratisch-verfasste direkte Beteiligung an politischen Themen über Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid ein.

### **Kinder- und Jugendbeteiligung festschreiben**

Die Kommunalverfassung ist ein zentrales Instrument, um Kinder- und Jugendfreundlichkeit zu erreichen und der Ort, in dem die Kinderrechte verankert werden müssen, damit sie von den Kindern und Jugendlichen erlebbar sind. Die Kommunalverfassung in Mecklenburg-Vorpommern trifft keinerlei Aussagen zu Kinderrechten und zur Kinder- und Jugendbeteiligung. Daher soll für M-V die Reform der Kommunalverfassung nach dem Vorbild der Gemeindeordnung S-H §47 f umgesetzt werden.

### **Gleichstellungspolitik**

Bisher gibt es keine Zuständigkeit für die Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender, transsexuellen und intersexuellen Menschen in Mecklenburg-Vorpommern. Wir wollen dies ändern und dafür notwendige Voraussetzungen im Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales schaffen. Außerdem fordern wir ein gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm, in dem das Land den Ist-Zustand analysiert, Handlungsempfehlungen erarbeitet, sich diese zu eigen macht und sich selbst ein Leitbild gibt. Auf Bundesebene setzen wir uns für die Ehe für alle und die grundlegende Überwindung von Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Identität und Orientierung (wie bspw. Diskriminierung beim Blutspenden beenden) ein. Das Hissen der Regenbogenflagge an öffentlichen Gebäuden in Mecklenburg-Vorpommern soll generell gestattet sein und keiner Ausnahmegenehmigung durch das Innenministerium bedürfen. Daher ist der Absatz 5 des §1 der Beflaggungsverordnung (BeflVO M-V) um die entsprechende Ausnahme zu erweitern.

### **Demokratische Schule**

Gute Bildung ist unser Ziel! Wir fordern eine demokratische und offene Schule, mehr Beteiligungsmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler, aber auch eine stärkere Mitbestimmung der Lehrkräfte in den Schulen.

Wir treten für den weiteren Ausbau von offenen Ganztagschulen und ein längeres gemeinsames Lernen von Schülerinnen und Schülern ein. Maßnahmen gegen Unterrichtsausfall, die Ausweitung des Ausbaus von offenen Ganztagschulen und ein weiteres Angebot von Gesamtschulen sind Faktoren für bessere Bildung.

Wir treten für eine Zivilklausel an den Hochschulen und ein Werbeverbot der Bundeswehr an Schulen ein. Militärische Forschung und Werbung hat an Schulen und Hochschulen nichts zu suchen.

### **Integrationspolitik von Migrantinnen und Migranten**

Die geopolitischen Rahmenbedingungen haben sich insbesondere in den Nordafrikanischen Staaten als auch in den Orientalischen Staaten weiter dramatisch verschlechtert. Als Resultat dieser Entwicklung wurden viele Menschen aus ihrer Heimat vertrieben, bzw. fliehen, um konkreten Bedrohungslagen zu entgehen. Ein sehr großer Teil dieser Menschen sucht Zuflucht und Sicherheit in Europa und somit auch in Deutschland.

Aufgrund der humanitären Situation werden auch innerdeutsche Versäumnisse der letzten Jahre aufgedeckt. Wir reden derzeit oft von einer Willkommenskultur in Deutschland, haben aber bisher kein Einwanderungsgesetz um eine Willkommenskultur rechtlich zu untersetzen. Dieser Missstand muss schnellstmöglich behoben werden.

Integration kann nur über den Erwerb von Sprachkompetenzen erfolgen. Im Fokus der Zuwanderungswellen müssen in Asylbewerberheimen/Gemeinschaftsunterkünften die Angebote für das Erlernen der deutschen Sprache deutlich ausgebaut werden (DAZ-Lehrer\_innen & ehrenamtliche Sprachmittler). Den Aufwand ehrenamtlicher Sprachmittler gilt es zu entschädigen. Zur besseren Verstärkung der interkulturellen Bildungsarbeit in M-V ist es unbedingt notwendig das erfolgreiche Promotorenprogramm des Eine-Welt-Netzwerkes zu unterstützen und fortzusetzen.

Integration gelingt am besten durch Partizipation am Arbeitsleben. Menschen, die ihre Fähigkeiten unter Beweis stellen können, erfahren nicht nur Anerkennung, sondern fühlen sich auch als Teil der Gesellschaft. Wir fordern deshalb, dass der Arbeitsmarkt noch schneller als bisher für Flüchtlinge und Migranten geöffnet wird. Nach der Registrierung und Zuweisung an die Gemeinden sollten die Menschen unverzüglich die Möglichkeit haben, ihr Studium fortzusetzen, zur Schule zu gehen oder ein Praktikum, entsprechend ihrer Qualifikation zu beginnen.

Die derzeitige Flüchtlingsarbeit/ Flüchtlingshilfe wird sehr stark von zivilgesellschaftlichen Akteuren bestimmt und gesteuert. Diesen Organisationen, Initiativen und privaten Helfern gehört der größtmögliche Dank und Lob. Ihr gesellschaftliches/soziales Engagement haben nicht nur die Situation und Versorgungslage der Geflüchteten entschieden verbessert, sondern die Außenwirkung Deutschlands positiv beeinflusst sowie zur innerdeutschen Toleranz und Akzeptanz der Geflüchteten beigetragen. Diese Akteure müssen mehr Aufmerksamkeit und Anerkennung in der politischen Öffentlichkeit erhalten.

## **Dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen**

Auf dem kommunalen Wohnungsmarkt herrscht in vielen Städten M-V's ein hoher Wohnungsleerstand. Diese leer stehenden Wohneinheiten sollten den geduldeten und anerkannten Menschen innerhalb der bestehenden Gemeinschaftsunterkünfte zur Verfügung gestellt werden. Dieses Vorgehen wäre ratsam, um weitere provisorische Notunterkünfte (wie bspw. Zeltstätten oder Sporthallen ohne ausreichend Sanitär- und Versorgungsräume) weniger notwendig werden zu lassen. Durch die dezentrale Unterbringung kann eine bessere Integration stattfinden und zudem können die kommunalen Wohnungsgesellschaften wirtschaftlich profitieren.

## **Sicherheitspolitik**

Die NSU-Morde haben eine politisch motivierte Blutspur auch durch Mecklenburg-Vorpommern gezogen. Neben der Verurteilung dieser Morde muss der Wunsch nach lückenloser Aufklärung an vorderster Stelle stehen. Daher fordern wir die Einsetzung eines NSU-Untersuchungsausschusses nach der Landtagswahl 2016.

Die meisten Polizistinnen und Polizisten verrichten ihre Dienstpflicht im Sinne des demokratischen Rechtsstaates. Doch leider gibt es Ausnahmen. Um diese bei Rechtsverstößen, unverhältnismäßiger Gewalt und Körperverletzung verfolgen zu können, fordern wir eine Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte, die nach außen hin anonym ist, nach innen aber eine eindeutige Zuordnung erlaubt.

Die massenhafte, anlasslose und pauschale Speicherung von Daten widerspricht unserem Grundwert Freiheit und stellt alle Menschen unter Generalverdacht. Zudem ist die Nutzung für die Verhinderung oder Aufklärung von Verbrechen nicht nachgewiesen. Daher lehnen wir die Vorratsdatenspeicherung ab und unterstützen entsprechende Initiativen.

## **V-Leute abschaffen**

Wegen der NSU-Morde zog die Landesregierung in Thüringen als Erste konsequent einen Schlussstrich aus dem Versagen des Verfassungsschutzes, indem die V-Leute abgeschaltet wurden. Dieser Weg muss auch in M-V besritten werden. Der Verfassungsschutz nutzt Neonazis nicht einfach nur als „Quellen“, sondern auch ihre Mitteilungen/Berichte in Veröffentlichungen als Expertenmeinungen zum Thema „Linke Gewalt“. V-Leute werden dazu benutzt, öffentliche Gelder zum „Erkenntnisgewinn“ in Neonazistrukturen zu transferieren. Für eine besser Kontrolle/Überwachung dieses Vorgehens, fordern wir eine Demokratisierung der Arbeit des Verfassungsschutzes.

## **TEIL 3 – ARBEITSPLÄTZE UND WIRTSCHAFT**

### **Arbeitsmarkt und Soziales**

Wir stehen für einen Arbeitsmarkt, bei dem Menschen im Mittelpunkt stehen, in dem Menschen sich ganz nach ihren Fähigkeiten und Möglichkeiten im Rahmen ihres Berufslebens in die Gesellschaft einbringen können. Wir wollen einen Arbeitsmarkt, der frei ist von



Diskriminierungen, einen Arbeitsmarkt, in dem Beruf, Privatleben und ehrenamtliches Engagement für die Gesellschaft einhergehen, anstatt inkompatibel zueinander zu sein.

Vieles muss auf Bundesebene umgesetzt werden – hier müssen wir unsere Bundespolitiker in die Pflicht nehmen und Einflussmöglichkeiten im Bundesrat nutzen. Zu den Themen, die wir auf Bundesebene umsetzen möchten, zählen u.a.

- Ausnahmen beim Mindestlohn abschaffen
- Erhöhung des Mindestlohnes auf 10€ pro Stunde
- Die Einführung einer Mindestausbildungsvergütung
- Die Begrenzung von Leiharbeitsverhältnissen
- Die Eindämmung von Werkverträgen
- Die Beendigung der Förderung von prekärer Beschäftigung (u.a. Minijobs)
- Die Abschaffung von Kettenbefristungen

Auf der Landesebene benötigen wir Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt. Unsere Aufmerksamkeit gilt hier der hohen Arbeitslosigkeit, insbesondere der Langzeitarbeitslosigkeit. Zur Eindämmung fordern wir einen öffentlich geförderten, sozialen Arbeitsmarkt, der auch Flüchtlingen/Migranten und Asylbewerbern offen steht. Bürokratische Hürden müssen abgebaut werden. Die Anerkennung ausländischer Berufs- und Studienabschlüsse soll erleichtert werden.

### **Wirtschaft**

Die Unterstützung von kleinen und mittelständischen Unternehmen in MV soll den Wirtschaftsstandort MV weiter stärken. Wir sehen in der Vernetzung zwischen diesen Unternehmen und einer Unterstützung durch die Hochschulen weitere Chancen.

Zusätzlich bietet ein Förderprogramm für Start-Ups eine Chance für MV, hier junge und kreative Unternehmen anzusiedeln. Wichtige Voraussetzung gerade für diese Branche ist der schnelle und flächendeckende Breitbandausbau auch im ländlichen Raum!

Die digitalen Medien ersetzen mehr und mehr die konventionellen Medieneinrichtungen wie Fernsehen und Radio. Sie sind Informationsquelle und zugleich wesentlicher Wirtschaftsfaktor für die Vermarktung von Dienstleistungen und Produkten des ländlichen Raumes, da sie fehlende reale Absatzmärkte vor Ort nahezu vollständig in einen weltweit geöffneten Absatzmarkt überführen können. Zudem generieren sie für die Bürger\_innen in strukturarmen Regionen einen vielfältigen Zugang zum Markt. Eine flächendeckende Breitbandabdeckung ist daher maßgeblich für die Attraktivität und Zukunft gerade ländlicher Regionen. Es müssen innovative Wege der Versorgung gefunden und die dafür notwendigen Gelder bereitgestellt werden.

### **Faire Arbeitsbedingungen**

Das Vergabegesetz wollen wir zu einem wirklichen Tariftreuegesetz weiter entwickeln. Es kann nicht sein, dass öffentliche Aufträge oder Dienstleistungen von Unternehmen erbracht werden, die sich nicht an die deutschen Gesetze halten. Hierzu gehört im deutschen Arbeits- und Wirtschaftsrecht ganz eindeutig der Abschluss von Tarifverträgen als Normierung der Arbeitsbedingungen. Die Tariftreue muss sich auf öffentliche Aufträge aller Art sowie die

Vergabe und Durchführung sozialer Dienstleistungen wie Gesundheit und Jugendhilfe beziehen.

Wir fordern eine gerechte und familienfreundliche Arbeitszeit und gute tarifliche Arbeitsbedingungen in den Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern. Es ist unser wirtschafts- und arbeitspolitisches Ziel, die Tarifbindung der Unternehmen weiter zu erhöhen. Nur so kann das derzeit schlechte Lohnniveau angehoben werden und unser Land wettbewerbsfähiger um gute Fachkräfte werden.

Wir unterstützen die Bemühungen unserer Bundesfamilienministerin, Manuela Schwesig, nach einer familienfreundlichen Arbeitszeit, die mehr Zeit für die Familien schafft! Wir setzen uns daher für eine Einschränkung der Ausnahmen für Sonntagsarbeit ein.

### **Ausbau der Erneuerbaren Energien voranbringen**

Mecklenburg-Vorpommern hat in den vergangenen Jahren in Bereichen der Erneuerbaren Energien eine beeindruckende Entwicklung vollzogen. Diesen Trend gilt es weiter zu unterstützen und zu fördern. In ländlich geprägten Regionen gilt es, für den Sektor Forschung und Entwicklung regenerativer Energien Testgelände auszuweisen und eine intensive Zusammenarbeit mit der Industrie, Instituten und Hochschulen zu suchen.

### **Sozialer Wohnungsbau**

Die Absicherung und Bereitstellung von finanzierbarem Wohnraum ist für alle benachteiligten Bevölkerungsgruppen in Mecklenburg-Vorpommern unerlässlich. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, muss ein wirksames Konzept für den sozialen Wohnungsbau/der sozialen Wohnraumsanierung entwickelt werden. Durch ein entsprechendes Landesprogramm sollen die kommunalen Wohnungsunternehmen eine verlässliche Förderung zur Sanierung und Modernisierung ihres günstigen Wohnungsbestandes erhalten. Durch den sozialen Wohnungsbau erhalten nicht nur die Mieter in ALG II-Bezug Wohnraum, welcher den pauschalen Richtsätzen für die Betriebs- und Heizkostenabrechnung gerecht wird, sondern die Kommunen können auch besser auf Sondersituationen wie die Ankunft von Geflüchteten reagieren. Die Bauwirtschaft in M-V wird gestärkt und der private Wohnungsmarkt wird durch die Erhöhung der Attraktivität kommunaler Wohnungsgesellschaften ihre Mieterwartungen wahrscheinlich moderater ausfallen lassen als bisher.

### **Altlastenabbau und Wirtschaftlichkeit kommunaler Wohnungsgesellschaften**

Die kommunale Wohnungswirtschaft regelt die kostengünstige Wohnraumversorgung in einer wesentlichen Größenordnung. Viele dieser Unternehmen sind überschuldet bzw. für einen wirklichen Wettbewerb mit der privaten Wohnungswirtschaft zu schlecht aufgestellt. Die Wettbewerbsfähigkeit kommunaler Einrichtungen muss dringend erhöht werden, damit diese auch zukünftig ihre Aufgaben wahrnehmen können. Hierfür sollte das Land einen Sonderfond für den Altschuldenabbau oder zur Erhöhung der Eigenkapitalrate kommunaler Unternehmen einrichten. Diese sollen nach vorhergehender Wirtschaftlichkeitsprüfung die Möglichkeit erhalten neu zu investieren (auch für gehobenen Wohnungsbestand). Die Landesmittel aus dem Sonderfond sollten als Langzeitkredite zu niedrigen Zinssätzen vergeben werden. Gefördert werden dürfen nur der Bau und die Sanierung/Modernisierung von

Mietwohnungen. Zielsetzung soll sein, dass kommunale Unternehmen aus ihren erwirtschafteten Erträgen auch ohne öffentliche Mittel einen nachhaltigen Wirtschaftsbetrieb abbilden und die Kommune wieder zum sichtbaren Instrument der Stadtgestaltung aufwächst.

### **Stärkung ÖPNV/SPNV**

Um Mobilität für alle gewährleisten zu können, benötigen wir eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur, insbesondere einen leistungsfähigen Öffentlichen Personennahverkehr und ein zukunftsfähiges Schienennetz in Mecklenburg-Vorpommern. Wir lehnen daher Kürzungen in diesem Bereich ab und setzen uns für eine Stärkung der genannten Bereiche ein. Der ländliche Raum und die Städte dürfen nicht voneinander abgekoppelt werden. ÖPNV und SPNV sind unverzichtbare Bestandteile der öffentlichen Daseinsvorsorge!

### **Keine Public-Private-Partnership-Projekte in M-V (ppp-Projekte)**

Öffentlich-Private Partnerschaften bezeichnen Modelle der Einbeziehung privater Wirtschaftssubjekte bei der Erledigung öffentlicher Aufgaben. Wir sind der Auffassung, dass öffentliche Aufgaben generell in der Hand öffentlicher Institutionen verbleiben sollen. Die Rechnungshöfe des Bundes und der Länder weisen darauf hin, dass derzeit ppp-Projekte im Gesamtwert von 3,2 Mrd. Euro sich als finanziell nachteilig erwiesen haben - einhergehend mit enormen Steuerungsverlusten für die öffentlichen Auftraggeber. Der Bericht enthält zudem die Forderung, dass die öffentliche Hand Vorhaben, die sie sich aus eigenen Mitteln nicht leisten kann, auch nicht alternativ im Rahmen einer ppp finanzieren darf. Diese Initiative gilt es zu unterstützen. Vielmehr müssen die öffentlichen Institutionen in die Situation versetzt werden, ihre Aufgaben angemessen weiterhin erfüllen zu können.